

Protokoll der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit am 21. September 2007

Ort: Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstraße 18, 10117 Berlin

Datum: 21.09.2007

Zeit: 17.00-20.00 Uhr

Anwesend:

Siehe Teilnehmerliste

Protokollführer: Dr. Sven Berger

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Mitgliederversammlung

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die Mitgliederversammlung 2007.

- Der Entwurf der Tagesordnung wird wie folgt genehmigt:
 - Neu eingefügt wird TOP 5 Entlastung des Vorstandes.
 - Der bisherige TOP 5 wird TOP 6.
 - TOP 6 wird ergänzt um den Antrag Dr. Mecklenburg „Internetfreiheit“.
 - Der bisherige TOP 6 wird TOP 7.
- Der Vorsitzende gibt einen Überblick über den Stand der Entwicklung der Informationsfreiheit in Deutschland.

Er verweist darauf, dass in Sachsen-Anhalt die große Koalition an einem Gesetzesentwurf arbeitet, der sich an das IFG-Bund anlehnen soll. In Thüringen hat die SPD einen Gesetzesentwurf eingebracht, der im Innenausschuss von der Union durch Änderungsanträge modifiziert wurde, woraufhin der Entwurf von der SPD-Fraktion zurückgezogen wurde. In Rheinland-Pfalz wird derzeit an einem Gesetzesentwurf auf der Grundlage der IFGs des Bundes und der Länder gearbeitet, der im September im Kabinett beschlossen werden soll.

Das VIG wurde im Bundestag beschlossen. Leider wurde es als Spezialgesetz gegenüber der IFGs der Länder und des Bundes ausgestaltet, sodass im Bereich der Verbraucherinformationen aufgrund der erweiterten Ausnahmetatbestände mit einer Verschlechterung des Transparenzniveaus zu rechnen ist.

TOP 2: Impulsreferat: Entwicklung von IFG in den Bundesländern. Das Beispiel Sachsen-Anhalt

Dr. Ronald Brachmann, Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verfassung

Herr Dr. Brachmann stellt den Gesetzentwurf für ein Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt vor, erläutert die landespolitische Konstellation und verweist darauf, dass der Rechtsausschuss des Landtages plane im Dezember eine Sachverständigenanhörung durchzuführen und die Beratungen im Januar abzuschließen.

Top 3: Tätigkeitsbericht 2006/2007: Bisherige Aktivitäten, Finanzen

- **Der Vorsitzende gibt einen Rückblick auf die bisherigen Aktivitäten der Gesellschaft.**

Der Eintrag ins Vereinsregister und die Anerkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit

wurden erreicht. Nicht erreicht werden konnte die Zuerkennung der besonderen Förderungswürdigkeit und damit die steuerliche Abzugsfähigkeit der Zuwendungen an die Gesellschaft.

Die Gesellschaft konnte gemeinsam mit den anderen Verbänden die Absenkung des Transparenzniveaus des Informationsfreiheitsgesetzes in Schleswig-Holstein verhindern, die von der Landesregierung vorgeschlagen wurde. Die Gesellschaft hat an der Sitzung der Informationsfreiheitsbeauftragten und einer Tagung zum IFG und Datenschutz der Ebert-Stiftung in Halle an der Saale teilgenommen. Die in Kooperation mit der Ebert-Stiftung im Januar durchgeführte Veranstaltung zum IFG fand große Resonanz. Eine Neuauflage wird grundsätzlich in Betracht gezogen.

In Hessen wie auch in Sachsen-Anhalt hat die Gesellschaft gutachterliche Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen zu Informationsfreiheitsgesetzen abgegeben.

Beim Gesetzgebungsverfahren zum Verbraucherinformationsgesetz konnte sich die Gesellschaft – trotz Unterstützung durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in der Anhörung des Deutschen Bundestages - mit ihren Bedenken hinsichtlich der Senkung des Transparenzniveaus im Bereich der Verbraucherinformationen nicht durchsetzen.

Die Gesellschaft hat in mehreren Einzelfällen Widersprüche und Klagen beratend begleitet.

Auf Initiative der Gesellschaft wurde das Bündnis Informationsfreiheit Rheinland Pfalz gegründet.

- **Der Schatzmeister erstattet seinen Finanzbericht**

Top 4 Vorstellung der Homepage

Der Vorsitzende stellt die Homepage und ihre Funktionalitäten vor. Die Mitgliederversammlung genehmigt die Homepage und stimmt der Freischaltung der Seite zu.

TOP 5 Entlastung des Vorstandes

Der Kassenprüfer Jan Mönikes gibt seinen Prüfungsbericht und empfiehlt die Entlastung des Vorstands.

Die Mitgliederversammlung beschließt einstimmig die Entlastung des Vorstands.

Top 6 Antrag: Informationsfreiheit im Grundgesetz und Internetfreiheit

Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand einstimmig, einen Aufruf „ Informationsfreiheit ins Grundgesetz“ zu erarbeiten und zu veröffentlichen.

Top 7 Aussprache/Sonstiges

Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand einstimmig, eine Satzungsänderung zur Zuerkennung der besonderen Förderungsfähigkeit und damit der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Zuwendungen an die Gesellschaft zu erarbeiten und der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Berger', written in a cursive style.

Dr. Berger